

Durch diesen sich immer schneller wiederholenden, unter immer katastrophalen Bedingungen sich wiederholenden Krisen steigert sich der soziale Druck auf die Arbeiterklasse, und ruft so den Gedanken hervor, die Rationalisierung mit ihrer Arbeitsteilung hebt in dem Tempo ihrer Vervollkommnung die Lohnunterschiede immer mehr auf, die durch die mögliche Wanderung der Arbeiter in die verschiedenen Produktionszweige verlagert, aber nicht durch den Durchschnittslohn.

Der monopolistische Kapitalismus wird zum „machtvollsten Kriegsinstrument“ des Kapitals gegen das Proletariat. Das Kapital sucht den Fall der Profitrate aufzuhalten und diese zu erhöhen durch gesteigerte Ausbeutung. Das Proletariat muß sein Kriegsinstrument, seine Taktik und Organisation den veränderten Bedingungen anpassen. Die Massenaktion ist also nicht nur eine Erweiterung der Kampfbasis, sondern ihr Wesen ist im Gegensatz des Nur-Kampfes um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen revolutionär, das heißt, sie ist in ihrer Grundtendenz gegen den Kapitalismus selbst gerichtet.

**Aufträge und Resolutionen**  
**Groß-Hamburg.**  
Aus Hamburg erhalten wir folgende Aufträge. Wie aus von Genossen der KAP. Groß-Hamburg mitgeteilt wird, waren in der betreffenden Versammlung vier Genossen anwesend, wovon drei für diese Aufträge stimmten. Auf die Aufträge selbst, die neben Verdrehungen direkte Unwahrheiten enthalten, kommen wir noch zurück.

**Vorbereitung des Parteitag.**  
Die Ortsgruppe Hamburg erachtet als notwendig, daß jedem Parteigenossen ohne jegliche Beschränkung die Presse zur Diskussion über die Aufgaben der Partei offen steht.  
Das gleiche gilt für ausländische Genossen. Wir fordern sofortigen Abdruck alles diesbezüglichen bereits vorliegenden Materials. Die Pressekommision wird ersucht, für Durchführung der Diskussion unter Ausschaltung aller persönlichen Zänkereien Sorge zu tragen.

**Berichterstattung vom Parteitag.**  
Der Parteitag beschließt eingehende und nach Möglichkeit protokollarische Berichterstattung von seiner Tagung. Die Berichterstattung soll nicht wochenlang hinausgeschoben und in großen Abständen erfolgen, sondern so gehandhabt werden, daß besonderer Raum in der Presse zur Verfügung gestellt wird, und das vorliegende Material in kurzer Zeit bewältigt ist.

**Zu 1: Die Lage in der Partei.**  
Angeichts der seit der Liquidierung der „Entschieden Linken“ in der Partei entstandenen Differenzen hält der Parteitag sich verpflichtet, in 3 Punkten nochmals die Linie der KAP. festzustellen.

**I. Bürgerliche Demokratie.**  
Die KAP ist antiparlamentarisch, weil der monopolistische Kapitalismus mit der Organisation der Wirtschaft auch die Bedingungen des Klassenkampfes gewandelt hat. Der Parlamentarismus war stets ein bürgerliches Herrschaftsinstrument, das schon von früh auf die revolutionäre Kraft der besitzlosen Masse zurückdrängte. Die genossenschaftliche Arbeiterbewegung hat die Aufgabe des prinzipiellen Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft bedeutet, daß er die Führer korruptiert, indem er sie von den Massen trennt und den aktiven Massenwillen bricht, der eine elementare Voraussetzung der Arbeiterbewegung ist.

**III. Der Weg zur Macht.**  
Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Sitzung, wo die Partei eben erst im Begriff war, ihre als jahrzehntelanger Isolierung entstandene bürokratische und organisatorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Altkad der Klassenkampfes heraus die Lösungen der Revolution zu verständlich festzustellen. Die Geschichte der Partei ist den stillen Widerstand einziger ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erschienen, weil die Partei bis dahin nicht einmal theoretisch mit dem Essener Kathedronismus fertig geworden war.

**Groß-Berlin.**  
**Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen**  
am Sonntag, den 18. März, vormittags 9 Uhr.  
Die Genossen der KAP., AAU. und KAJ. treffen sich um 8 Uhr am Bahnhof Adlershof.  
Restlose Beteiligung erwarten:  
Die Arbeits-Ausschüsse.

**Halle.**  
Sonntag, den 18. März, 3 Uhr nachmittags  
Kranzniederlegung auf dem Gertrauden-Friedhof.

**Leipzig.**  
Freitag, den 16. März, 8 Uhr, öffentl. Versammlung im „Eiswerk“, Lindenau.  
„Die Klassenkämpfe der Gegenwart und die Lehren der Märzaktion.“

**Stettin.**  
Freitag, den 16. März, abends 7.30 Uhr.  
Öffentliche Versammlung im Lokal Stark, Gebrüderstraße 49.  
Thema:  
Warum gehen die Streiks unter gewerkschaftlicher Führung verloren?  
Prele Aussprache.  
Alle oppositionellen KPD- und RFB-Genossen sind herzlich eingeladen.  
Zur Deckung der Unkosten 20 Pf. Eintritt. Erwerblos 10 Pf.

**KAP. und AAU. Ortsgruppe Stettin.**  
Der KAP. identifiziert wird. Statt dessen wiederholt der Parteitag, daß die „Entschieden Linken“ die Entwicklung vom Partei nicht in der Stabilität und daß die Aufgabe der Fraktion, sondern in der Hilfe zur Überwindung aller Halbheiten bestand.  
In Erwägung, daß der letzte Zentralausschuß den sogenannten Fall Schwarz nicht zur Parteifrage machen wollte, und die Mandatsfrage keine Angelegenheit der Partei sein kann, die genannten Entartungen nicht entsprechend qualifiziert, beschließt der Parteitag diese Vorfälle vor der protokollarischen Öffentlichkeit als antikommunistisch zu bezeichnen und deutlich davon abzurücken. Die Partei steht vor der Wahl, das Reichsmandat von Schwarz als ihre politische Angelegenheit zu betrachten oder auch in dieser Frage ihre alle Linien des Antiparlamentarismus erneut zu bekräftigen. Im ersten Fall sind die genannten Entartungen durchaus folgerichtig und müssen sich über kurz oder lang als der Weg zum Sozialdemokratismus erweisen. Anders aber heißt der Parteitag in unserem Sinne abbrechen und das Verhältnis der Organisation zu Schwarz wie zu jedem anderen Außenstehenden von seiner jeweiligen Rolle und Handlungsweise abhängig machen. Der Parteitag wird dies um so mehr tun, als schon der letzte Zentralausschuß den Fall Schwarz nicht zur Parteifrage machen wollte und die Propaganda und die Lösungen der Partei sich nach dem 2A. bisher noch auf der alten Linie bewegten, daß es sich um Entlassungen und Formulierungen von Personen und Körperschaften handelte, von deren Prestige die politischen Notwendigkeiten der Organisation nicht Halt machen können.

**II. Proletarische Demokratie.**  
Dem Parlamentarismus als politische Kampfmethodik entspricht eine bestimmte organisatorische Grundzüge der Arbeiterbewegung, die in der Diktatur des Führers über die Masse zum Ausdruck kommt. Wie die Beherrschung der Organisation durch den politischen Fachmann der Ausgangspunkt für den parlamentarischen, jede Variation in sich, muß diese Politik rückwärts wiederum auch die Umwidmung der Arbeiter in der eigenen Organisation verweigern.  
Der Parteitag bezeichnet die verschiedenen durch die Kontrollkommission festgestellten organisatorischen Uebriggriffe von Personen und Körperschaften als den Versuch, die Organisation zu bestimmten antiprotokollarischen Zwecken einzunorden. Vom Standpunkt der politischen Verteidigung des Reichsmandats in parlamentarischer, jede Variation in sich, muß diese Politik rückwärts wiederum auch die Umwidmung der Arbeiter in der eigenen Organisation verweigern.

**Postbezieher!**  
Von 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen. Legt das zurecht, sonst geht die Bestellung als vorzeitig zurück und ihr bekommt keine KAZ!

durch Hinzuzugewandter der Berliner Versammlungsergebnisse über die Situation in der Organisation im Dunkeln ließen.  
Diese Methode organisatorischer Schachzüge zur Durchsetzung politischer Auffassungen bezeichnet der Parteitag als Führerpolitik in allen Sinne. Er lehnt sie ab und fordert ungeschwächt politischer Meinungsverschiedenheiten protokollarische Öffentlichkeit und Kameradschaft als die Eckpfeiler der revolutionären Organisation. Soweit die organisatorischen Uebriggriffe nicht durch die Parteiführung selbst, sondern durch die politische Handhaben zu schaffen, um gegen derartige Vorkommnisse fernerhin gerüstet zu sein.

Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unserer Reihen spukt, und das die Reinigung von solch antiprotokollarischen Theorien länger je mehr die Lebensfrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Form gellte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisationskampf von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in der Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jede Reaktion heraufbeschworen, die für Opportunismus als revolutionäres Prinzip ausbleibt und damit vor dem Klassenkampf die Flucht ergreift. Die Partei hat sich in diesem Augenblick darauf zu besinnen, daß protokollarische Realpolitik schärfste Selbstkritik gegen opportunistische Entartung fordert. Andererseits aber darf die Liquidierung der gegenwärtigen Differenzen keinesfalls bedeuten, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekundet sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerhörtlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Befähigung spricht und will dafür wirken, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekundet sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerhörtlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Befähigung spricht und will dafür wirken, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeutet, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind, differenz abzuwandern.

**Organisatorische Mitteilungen**  
**AAU. Groß-Hamburg.**  
Am Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Weiße Taube“, Schulz, Ecke Prinz-Eugen-Strasse. Sympathisierende sind eingeladen.  
Arbeits-Ausschuß.

**Chemnitz.**  
Öffentlicher Diskussionsabend  
am Sonntag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Restaurant zum Luisenplatz. Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage und die kommenden Wahlen. — Sympathisierende sind hierdurch eingeladen.

**Groß-Berlin.**  
Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Berl. AA. und Referenten, am Dienstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal: Auto-Taxe, Berlin SO 36, Luisenstr. Ecke Skalitzer Straße.  
(Tagesordnung siehe Arbeitsplan.)

**Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.**  
Am Donnerstag, den 15. März, findet abends 20 Uhr im Lokal Bartsch, Berlin-Lichtenberg, Bahnhofsstr. 20, eine Funktionär-Versammlung statt. Unbedingt erschienen müssen sämtliche Gruppenleiter, Kassierer und Pol-Leiter.  
Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Es wird Stellung genommen zum Oster-Jugendtag in der Lausitz, sowie auch zur Schenkungsaktion.

**Achtung, Jugendgenossen Groß-Berlin!**  
Am Sonntag, den 18. März, findet die Kranzniederlegung an den Gräbern der Opfer des Kapp-Putsches in Adlershof und Cöpenick statt.  
Die Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin beteiligt sich an der Kranzniederlegung. Es treffen sich alle Jugendgenossen und Jugendgenossinnen am genannten Tage um 9 Uhr vormittags am Bahnhof Adlershof.  
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträubing, Berlin N. — Druck: Drucker für Arbeiter, Litprax, Willy Isdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 22  
**Kommunistische Arbeiter-Zeitung**  
Preis 15 Pf.  
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands  
Berlin, 18. März 1928  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 620 42.  
Bezahlungsstelle: 1. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenstr. 13.  
Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenhand durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

# Die „Verschwörung“ in Donezbecken

Was die bolschewistischen Blätter jetzt in fetten Lettern über die „konterrevolutionäre Verschwörung“ im russischen Ruhrrevier berichten, ist durchaus nicht so sensationell, wie es in dieser Aufmachung scheint. Denn es handelt sich hier um Vorgänge, die in ihrer Art auch schon in den vergangenen sechs Jahren beobachtet werden konnten, ohne daß die bolschewistische Presse darin Anlaß zu einer alarmierenden Kampagne wie der jetzigen erblickte.

Vorausgesetzt, daß entsprechend den recht dürftigen Mitteilungen der Bolschewistenregierung die verhafteten AEG-Ingenieure in Donezbecken wirklich planmäßige Wirtschaftsabsatze getrieben haben, würde diese Tatsache nur im engsten Zusammenhang mit der russischen Wirtschaftspolitik selbst stehen. Denn seitdem auf Grund der NEP, ausländische Kapitalisten zur Mitarbeit am „sozialistischen Aufbau“ berufen wurden, ist es nur platte Selbstverständlichkeit, daß diese Kapitalgruppen auch alle Hebel in Bewegung setzten, um ihre russische Macht-sphäre zu erweitern. Das heißt: Die im „sozialistischen“ Rußland zugelassenen Privatkapitalisten kämpften natürlich um die größtmögliche Erweiterung der ihnen gemachten staatlichen Konzessionen, weil ihr Interesse am „sozialistischen“ Aufbau eben auch nur ein Profitinteresse ist. Welchen Illusionen sich die russischen und übrigen europäischen Proletariat betriebs für Entwicklung der Neuwirtschaft hingeben, ist den Konzessionsbesitzern ziemlich gleichgültig. Die Hauptsache für die kapitalistischen Kreidgeber der „Sowjetregierung“ ist und bleibt, daß ihre in Rußland angelegten Kapitalen so gewinnbringend wie nur möglich sind und daß sie die ihnen gewährte Ausbeutung der russischen Arbeitermassen möglichst schrankenlos betreiben können.

... Um dieses Ziel der Erweiterung ihrer Konzessionen zu erreichen, wenden die am „sozialistischen“ Aufbau Rußlands beteiligten Privatkapitalisten natürlich jedes Mittel an, das den notwendigen Druck auf die Moskauer Regierung ausübt. Und sie greifen selbst zur Waffe der wirtschaftlichen Sabotage, wenn ihr doch nur um Profite gehender Interessenkampf diese scharfe Maßnahme erfordert. Denn auch die „Sowjetregierung“ kann den von ihr legalisierten Ausbeutungskonzernen nicht verbieten, eine Waffe, die diese im Konkurrenzkampf unter sich selbst benutzen, im Lande des „sozialistischen“ Aufbaues ebenfalls zu gebrauchen. Das ist ja gerade das zwangsläufige Resultat der bolschewistischen Konzessionspolitik, daß mit der Sanktionierung bürgerlicher Produktionspraxis auch alle typischen Kampfmethoden der kapitalistischen Wirtschaftspolitik sich wieder entwickeln müssen. Die Regierungsbolschewisten mögen gewiß diese anarchischen Begleiterscheinungen ihrer Konzessionspolitik niemals gewollt haben, — sie können aber diese Auswüchse der privatkapitalistischen Mitarbeit am russischen Wiederaufbau nicht beseitigen, ohne selbst die Grundlage der Neuwirtschaft zu erschüttern. Sie müssen trotz der Verurteilung etlicher „Verschwörer“ gegen den sozialistischen Aufbau“ ohnmächtig zusehen, wie ihre privatkapitalistischen Gläubiger rücksichtslos um Erweiterung der Konzessionen kämpfen.

Daß nun die Moskauer Regierung und ihre leninistischen Sektionsfreigeiten die den verhafteten Ingenieuren des Donezbeckens vorgeworfene Wirtschaftsabsatze so groß aufbauschen, hat innerpolitische Gründe und dient einem ganz bestimmten Zweck. Die bolschewistische Regierungspartei Rußlands ist natürlich trotz ihrer bürgerlich orientierten Wirtschaftspolitik keine bürgerliche Partei im landläufigen Sinne, sondern eine proletarische. D. h. die KPR. steht sozusagen über den Klassen, ohne sich aber den ökonomischen Gesetzen der Neuwirtschaft entziehen zu können. Die proletarischen Elemente der KPR. sehen gewiß die große Gefahr der Erstarkung der kapitalistischen Kräfte; sie können diese Entwicklung aber nicht aufhalten, weil dies den offenen Machtkampf gegen die neue Bourgeoisie bedeuten würde. Die regierungsbolschewistische Führer haben deshalb planmäßig versucht, auf dem Wege des Staatskapitalismus der Macht

des Privatkapitals entgegenzuwirken. Diese Taktik hat aber im Laufe der Jahre Zustände geschaffen, welche die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht verringern, sondern vermehren. Dadurch, daß die KPR. die verstaatlichte Industrie durch einen riesigen bürokratischen Apparat verwalten und leiten muß, arbeitet dieser Produktionsorganismus überaus schwerfälliger und teurer als der privatkapitalistische Betrieb. Denn die private Initiative welche durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf ausgelöst und fortwährend angespornt wird, fehlt beim staatskapitalistischen System. Andererseits haben auch die russischen Proletariat nicht die notwendige wirtschaftliche Macht, um in der Staatsindustrie die fehlende private Initiative durch die sozialistische zu ersetzen. Die Folge ist deshalb, daß die staatliche Industrie von einer Bürokratie geleitet wird, die produktivtechnisch dem Privatkapital unterlegen ist. So hat der Sowjetprofessor Jakow am 4. März in der „Prawda“ darauf hingewiesen, daß oft neue Fabrikanlagen gebaut werden, die gar nicht den Ansprüchen der modernen Technik genügen und darum nicht die entsprechende Leistungsfähigkeit gegenüber den gleichartigen privatkapitalistischen Unternehmungen besitzen. Diese produktivtechnische Rückständigkeit der russischen Staatsindustrie wirkt sich praktisch natürlich aus in einem Bankrotzustand der regierungsbolschewistischen Wirtschaftspolitik auf industriellen Gebieten, wovon die KPR. jetzt durch ihre Kampagne gegen die „konterrevolutionäre Verschwörung“ in Donezrevier ablenken will.

Beiichte besagen ist also die „Verschwörung“ gegen den sozialistischen Aufbau“ nur ein neuer Beweis dafür, daß die kapitalistische Konsolidierung Rußlands mit Riesenschritten fortschreitet. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Spezialisten den Wirtschaftsaufbau der bolschewistischen Partei- und Gewerkschaftsorgane planmäßig sabotieren können, bestätigt nur unzweideutig, daß in Rußland von tatsächlichem sozialistischen Aufbau und wirklicher proletarischer Diktatur keine Rede sein kann. Die bolschewistischen Sachwalter des NEP-Staates sind die Gefangenen des erstarkenden Privatkapitalismus — und sie bleiben dies, wenn sie auch zur Irreführung der ausgebeuteten Proletariat etliche „Verschwörer“ des Donezbeckens einsperren.

**Rykov über die Dorkrise.**  
Die sich immer schärfer zuspitzenden Verhältnisse auf dem russischen Dorfe hat Rykov grell beleuchtet in einer Rede vor dem Moskauer Sowjet am 9. März. Auch hier sind starke kapitalistische Kräfte am Werke, um den Getreidebeschaffungsplan der Regierung zu durchkreuzen. Rykov sagte bei „Prawda“ vom 11. März:  
„Die entstandenen objektiven Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung geben den reichsten kulakischen Dorfleitern die Möglichkeit, sie für ihre Spekulationen im Kampf um Preiserrhöhung auszunutzen. Allgemein gesprochen sind die Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung theoretisch denkbar auch in dem Falle, daß es im Dorfe keinen einzigen Kulak gibt. Führt man nicht dem Dorfe Waren zu, stellt man nicht ein solches Preisverhältnis her, daß der Getreideverkauf unattraktiv wird, ... dann kommen die Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung auch beim Fehlen des Kulaken. Die Struktur jeder Warenwirtschaft — ganz gleich, ob es einfache oder kapitalistische ist — ist darauf, daß sie sich nur auf der Grundlage der Realisierung ihrer Warenüberschüsse entwickeln kann. Im gegebenen Fall haben wir zu tun mit dem Versuch der reichsten Dorfleitern, nämlich die Kulaken, die Schwierigkeiten auszunutzen zum Kampf um die Preiserrhöhung, zur Mobilisierung aller Dorfschichten, die im Besitz von Getreideüberschüssen sind, für diese Frazz. Wir beobachten eine ganze Reihe von Fällen, ein Aufkauf des Getreides von kulakischen Elementen, Verzicht von Verkauf der Getreidevorräte, rege Agitation für Erhöhung der Getreidepreise ...  
Die ernsteste Gefahr, die noch vor uns steht, ist die Möglichkeit einer ungezügelteren Erweiterung der Saatfläche. Die



Wissenden - und wir sind in allen Fernangelegenheiten Wissende - eigentlich weiter nichts ist, als ein Appell an die Vernunft...

Und nun wollen wir, um gleich auf die Frage zurückzukommen, warum die KPD nicht mehr ausludert, da doch der Scheller den Bericht in der Hand hat...

Die Penemordest wurde organisiert durch die Regierung unter Unterstützung der SPD und KPD...

Aus den Wirtschaftsbezirken

Leipzig Eine den Kommunismus kompromittierende Kundgebung in Leipzig

Roté Hille und KPD, Westsachsen hatten am 13. März 2 Tage vor dem Reichsgericht in Leipzig eine Kundgebung...

Es war bezeichnend für die Protestaktion der Roten Hille, daß diese destruktiven Tendenzen des Tolerances "Geistes"...

publik", die sogar einen "kommunistischen" Dichter amnestiert oder das Verfahren gegen ihn einstellt.

Zum Parteitag

Der Parteitag stellt fest, daß die internationale Arbeit der KAP, kaum über die allerersten Anfänge hinausgekommen ist...

Düsseldorfer

Wir erhalten folgenden Bericht: Vor kurzem nahm vor dem Dissektoirer Arbeitsgericht ein Trade die ihren Absichten...

Postbezieher!

Vom 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen...

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg. Nächste Versammlungen: 13. März: Die organisatorischen Grundlagen der proletarischen Partei.

Groß-Berlin. Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Beil. AA. am Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr...

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Staßberg, Berlin N. - Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszonoff, Berlin O 17.

Verhandlungen versuchte der "kommunistische" Geschäftsführer mit den schärfsten Mitteln, die beiden um den verdienten Lohn zu prellen...

Zum Parteitag

Der Parteitag stellt fest, daß die internationale Arbeit der KAP, kaum über die allerersten Anfänge hinausgekommen ist...

Düsseldorfer

Wir erhalten folgenden Bericht: Vor kurzem nahm vor dem Dissektoirer Arbeitsgericht ein Trade die ihren Absichten...

Postbezieher!

Vom 17. bis 23. jeden Monats kommt der Briefträger, um das Zeitungsgeld in Höhe von Mark 1,42 abzuholen...

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg. Nächste Versammlungen: 13. März: Die organisatorischen Grundlagen der proletarischen Partei.

Groß-Berlin. Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Beil. AA. am Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr...

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Staßberg, Berlin N. - Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszonoff, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands Berlin, 22. März 1928 Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 528 42.

Der März des Proletariats

Vor acht Jahrzehnten jarte der Revolutionssturm über die morschen Dynastien Europas. Der "Völkerfrühling" schien angebrochen. In den Straßen von Paris, Wien, Berlin, kämpfte die Bourgeoisie gegen den Feudalismus...

aus dem Blute der gemordeten Kommarden von Paris wuchs. Noch einmal konnte die Bourgeoisie den März der Arbeiter im Blute der Kämpfer und Tapfersten ersähen...

Das Proletariat hatte nicht genügend begriffen, daß die Waffe der Kritik die Kritik der Waffen nicht ersetzen kann. Seine Partei und die Gewerkschaften entwickelten sich zu Bestanden des bürgerlichen Staates und fungierten als solche...

Das Ende einer "proletarischen" Gewerkschaft

Die Ortsgruppe Königsberg des Einheitsverbandes ist aufgelöst worden. In der sozialdemokratischen "Königsberger Volkszeitung" veröffentlicht die Bezirksleitung des Einheitsverbandes diesen Beschluß des Hauptvorstandes...

Das Ende einer "proletarischen" Gewerkschaft

Die ersten Erfahrungen der 48er Revolution wandte das Proletariat in der Pariser Kommunebewegung gegen die Bourgeoisie an. Nicht mehr der vage Begriff der "Freiheit" als ein Ding an sich durchleuchtete den Geist der Arbeiterklasse...

Das Ende einer "proletarischen" Gewerkschaft

Sämtliche Mitglieder des Einheitsverbandes in Königsberg haben inzwischen die Mitteilung erhalten von der Auflösung der Organisation. Gleichzeitig erhielten sie einen Revers zur Unterschrift, durch dessen Annahme ihre erneute Aufnahme in die Organisation erfolgen kann...

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg. Nächste Versammlungen: 13. März: Die organisatorischen Grundlagen der proletarischen Partei.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin. Achtung! Bezirksleiter! Nächste Sitzung der Zentrale mit Beil. AA. am Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr...

Organisatorische Mitteilungen

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Staßberg, Berlin N. - Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszonoff, Berlin O 17.